

Aktuelles aus dem Landtag Steiermark

Inhalt:

Landtag Steiermark steht zur vorläufigen Anwendung des Freihandelsabkommens mit Kanada – und zur Abstimmung der nationalen Parlamente!	S 2
Landesbudget Steiermark – Wichtige Investitionen für mehr Wirtschaft und Arbeit in allen steirischen Regionen!	S 5
Landtag Steiermark fordert Schüler/innenfreifahrt für "externe Hauptschülerinnen und -schüler"	S 6
Landtag Steiermark beschließt Investition in den Straßenmeisterei-Standort Scheifling und legt die Basis für eine Erweiterung	S 7
Landtag Steiermark erleichtert Gebührenvorschreibung – weniger Bürokratie, geringere Kosten	S 8
Landtag Steiermark sichert langfristige Finanzierung von Gemeinde-Großprojekten gegen FPÖ-Angriff	S 9

Landtag Steiermark steht zur vorläufigen Anwendung des Freihandelsabkommens mit Kanada – und zur Abstimmung der nationalen Parlamente!

Die Zustimmung zum Freihandelsabkommen mit Kanada – CETA – durch die Österreichische Bundesregierung war Thema im Landtag Steiermark. Dabei bekräftigten Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer und die Steirische Volkspartei ihre Linie: CETA kann für die heimische Wirtschaft viele Vorteile bringen. Wenn wichtige Standards nicht verschlechtert werden, kann das Abkommen in Kraft treten. Allerdings müssen die nationalen Parlamente in die Entscheidung einbezogen werden.

Der anfängliche Umgang der EU mit CETA – dem Freihandelsabkommen mit Kanada – hat den Eindruck bei vielen Menschen verstärkt, dass die EU nicht genug Rücksicht auf ihre Befindlichkeiten und Fragen nimmt. Ein Hauptgrund dafür war, dass die Kommission stets deutlich gemacht hat, dass das CETA-Abkommen aus juristischer Sicht eine ausschließliche Sache der EU sei. Eine Mitbestimmung der nationalen Parlamente war lange Zeit nicht vorgesehen.

Dagegen hat sich die Steiermark verwehrt. In einem persönlichen Gespräch mit Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker Ende Juni in Brüssel hat Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer diese Bedenken deutlich gemacht. Die Folge war, dass sich der Standpunkt der Kommission geändert hat und CETA nunmehr als gemischtes Abkommen behandelt wird. Es wird, wenn alle Mitgliedsländer zustimmen, vorläufig in Kraft gesetzt. In weiterer Folge werden aber auch die nationalen Parlamente eingebunden und entscheiden darüber, ob das Abkommen auch in Kraft bleibt.

Intensiver Diskurs mit anschließender Abstimmung im Parlament

Nunmehr erleben wir einen intensiven Diskurs und zahlreiche Verhandlungen auf vielen verschiedenen Ebenen, die die Vorbehalte und Fragen zu CETA ins öffentliche Licht rücken und Veränderungen bzw. Präzisierungen der Verträge zur Folge haben.

In der Zwischenzeit ist klar, dass die Bundesregierung ihre Zustimmung zu CETA geben wird. Alles andere hätte einen großen Schaden für unser Land bedeutet – nicht nur wirtschaftlich sondern vor allem auch, was unsere Glaubwürdigkeit angeht. Dennoch ist es wichtig, dass offene Fragen geklärt und diskutiert werden und dass die nationalen Parlamente über das endgültige Abkommen abstimmen.

CETA ist wichtig für die heimische Wirtschaft und den Arbeitsmarkt

Österreich ist ein exportorientiertes Land; 2015 wurden Waren im Wert von über einer

Aktuelles aus dem Landtag Steiermark

Milliarde Euro nach Kanada geliefert, darunter insbesondere Anlagen, mechanische Geräte, Eisen und Stahlwaren, Kraftfahrzeuge und Motoren, elektrotechnische Waren und pharmazeutische Produkte. Die Struktur der österreichischen Exporteure nach Kanada zeigt, dass 80% der österreichischen Exporteure nach Kanada Klein- und Mittelständische Unternehmen (KMU) sind. Diese profitieren naturgemäß überdurchschnittlich von Handelserleichterungen, Zollabbau und der Senkung bürokratischer Hürden.

Nach einer Studie des Instituts für Wirtschaftsforschung (ifo) profitiert Österreich stärker als der Rest der EU von CETA mit einem Realeinkommenszuwachs von 0,3%; am stärksten profitiert der Bereich Kraftfahrzeuge – und damit stark die steirische Wirtschaft. Besonders wir in der Steiermark sollten auch bedenken, dass es im Süden von Graz ein nicht unwesentliches Unternehmen gibt, das mit seinen steirisch-kanadischen Wurzeln tausende Arbeitsplätze für Steirerinnen und Steirer sichert.

CETA untergräbt keine heimischen Standards

Auch bezüglich der Befürchtungen vieler Österreicherinnen und Österreicher, was das Abkommen mit Kanada betrifft, hat sich die Steirische Volkspartei noch einmal rückversichert, dass unsere heimischen hohen Standards nicht untergraben werden:

- Keine privaten Schiedsgerichte sondern ein offizielles Investitionsgericht
Die bisherigen privaten Schiedsgerichte werden im Kanada-Abkommen abgeschafft und durch ein ständiges bilaterales Investitionsgericht samt Berufungsinstanz ersetzt. Die Richter werden von den Vertragsparteien – also EU und Kanada – ausgewählt. Das Abkommen sieht vor, dass fünf der Schiedsrichter Europäer, fünf Kanadier und fünf Staatsbürger von einem anderen Land, also nicht der EU oder Kanada, sein sollen. Sie müssen Qualifikationen aufweisen, die einem Internationalen Gerichtshof entsprechen.
- Das Recht der Staaten, eigene Regeln, etwa zum Schutz der Gesundheit, etc. zu erlassen, wird vom Investorenschutz nicht berührt
- Das Abkommen bedeutet keine Änderung oder Herabsenkung von EU-Standards zum Schutz der Gesundheit, der Umwelt, der Sicherheit oder der Konsumenten. Diese Standards bleiben unberührt und Importe aus Kanada müssen alle EU-Produktvorschriften erfüllen – ohne Ausnahme.
- Auch im Bereich der Landwirtschaft wurde klargestellt, dass Standards respektiert werden müssen. Produkte, die in Kanada anders produziert werden und bei uns verboten sind, dürfen nicht nach Europa importiert werden. Auswirkungen auf die heimische Landwirtschaft werden zudem über Kontingente und Quoten begrenzt.
- Gleichzeitig sieht das Kanada-Abkommen sogar den Schutz von 143 Produkten aus EU-Regionen vor, vom Tiroler Speck bis zum holländischen Gouda. Damit wird

Aktuelles aus dem Landtag Steiermark

sichergestellt, dass in Kanada nur die Originalprodukte unter den betreffenden Bezeichnungen verkauft werden dürfen, also denselben Schutz genießen wie in Europa.

- Kein EU-Handelsabkommen – auch nicht CETA - verpflichtet Regierungen dazu, öffentliche Dienstleistungen (Wasserversorgung, Sozialbau, Bildung oder Gesundheit) zu privatisieren oder hindert Regierungen daran, diese Dienstleistungen auszubauen. Regierungen entscheiden selbst, ob und in welchem Umfang sie öffentliche Dienstleistungen anbieten.
- CETA ist keine Hintertür für TTIP: Das Kanada-Abkommen legt unmissverständlich fest, dass nicht-kanadische Unternehmen nicht in den Genuss des Investitionsschutzes kommen. Eine Hintertür für US-Konzerne gibt es nicht, nur kanadische Investoren sind erfasst.

Basierend auf diesen eindeutigen Fakten wurden die Anträge der Opposition, die Bundesregierung dazu aufzufordern CETA nicht zuzustimmen, mehrheitlich vom Landtag Steiermark abgelehnt.

Landesbudget Steiermark – Wichtige Investitionen für mehr Wirtschaft und Arbeit in allen steirischen Regionen!

Die Landesregierung hat ihren Entwurf für das Budget 2017 vorgelegt. Dieser enthält wichtige und notwendige Zukunftsinvestitionen in Bildung, Forschung & Entwicklung, Wirtschaft und damit zur Sicherung und Schaffung weiterer Arbeitsplätze in den steirischen Regionen. Dazu wird ein Defizit von 305 Millionen Euro in Kauf genommen. An der Sanierung des Budgets wird weiter gearbeitet, die Investitionen sind aber notwendig!

Bereits im letzten Jahr wurden hunderte Millionen Euro in der Steiermark investiert, um Arbeitsplätze zu schaffen und die Lebensqualität der Steirerinnen und Steirer in allen Regionen zu verbessern. Erste Ergebnisse sind bereits sichtbar: Eine leicht sinkende Arbeitslosigkeit, Wachstum in allen steirischen Regionen, 4000 neue Plätze in der Kinderbildung und –betreuung und tausende neue Jobs, die in den kommenden Monaten und Jahren entstehen werden.

Damit ein nachhaltiges Wachstum möglich wird, soll 2017 ein zweites „Investitionsjahr“ folgen: Die Investitionen werden auf mehr als 700 Millionen Euro erhöht, dazu wird ein Budgetsaldo von -305,8 Millionen Euro in Kauf genommen. Verwendet werden sollen die Finanzmittel, um den Standort Steiermark weiter zu stärken. Gleichzeitig wird aber auch nach weiteren Einsparungspotentialen gesucht. Denn an der nachhaltigen Budgetkonsolidierung muss weiter gearbeitet werden und bleibt ein wichtiges Ziel.

Budgetpolitische Strategie:

- Sanierung Landeshaushalt durch Balance zwischen Investitionen und ausgabenseitigen Maßnahmen (Fokus auf Stabilisierung der Ausgaben, mit Ausnahme der Bereiche Soziales und Pflege, in denen Ausgabensteigerungen budgetiert sind);
- Vorantreiben der Verwaltungsvereinfachung und Steigerung der Produktivität, um den eingeschlagenen Konsolidierungskurs fortzusetzen;
- weitere Positionierung der Steiermark als international wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort für nachhaltiges Wachstum und Wohlstand;
- Zukunftsinvestitionen in Bildung, Forschung und Entwicklung und Schaffung von Anreizen für verstärkte Investitionsdynamik in Regionen;
- nachhaltige Absicherung des Sozialstaates, Steigerung der Effizienz, Armutsbekämpfung, Chancengerechtigkeit;
- Finanzausgleich: Verbesserung der Position der Steiermark (Fokus Vereinfachung und Entwicklung strukturell benachteiligter Regionen; stärkere Berücksichtigung wirtschaftlicher, demografischer und geografischer Faktoren).

Landtag Steiermark fordert Schüler/innenfreifahrt für "externe Hauptschülerinnen und -schüler"

Der Landtag Steiermark beauftragt die Landesregierung, vom Bund die Einführung einer Schüler/innenfreifahrt auch für externe Hauptschülerinnen und –schüler zu fordern. „Eine fehlende Fahrtmöglichkeit aus finanziellen Gründen darf für niemanden ein Hindernis sein, den Hauptschulabschluss nachzuholen“, begründet ÖVP-Gemeindesprecher LAbg. Erwin Dirnberger die Initiative.

„Personen, die einen Pflichtschulabschluss – etwa durch den Besuch einer externen Hauptschule – nachholen wollen, sollen nicht durch finanzielle Gründe daran gehindert werden“, begründet ÖVP-Gemeindesprecher LAbg. Erwin Dirnberger seine Forderung, die Schüler/innenfreifahrt auch für das Nachholen von Pflichtschulabschlüssen - vergleichbar mit jener für Lehrlinge und Studierende - zu gewähren.

Da der Schulweg oftmals mit nicht zu unterschätzenden Kosten verbunden ist, sei es notwendig, auch „externen Hauptschülerinnen und -schülern“, die die Volljährigkeit erreicht haben bzw. für die keine Familienbeihilfe ausbezahlt wird, eine Schüler/innenfreifahrt zu gewähren, argumentiert Dirnberger. „Der volkswirtschaftliche Nutzen, der durch Personen entsteht, die ihren Pflichtschulabschluss nachholen und dadurch mehr Chancen am Arbeitsmarkt haben, überwiegt die Kosten des Schultransports jedenfalls weit. Der Auslöser für langfristige Arbeitslosigkeit dürfen jedenfalls nicht die Kosten des Schulweges sein.“

Von der Forderung betroffen sind auch Asylwerberinnen und Asylwerber, die als „Externe“ einen Hauptschulabschluss in Österreich erwerben wollen. Für sie gibt es derzeit keine Schüler/innenfreifahrt, was viele Gemeinden vor ein Problem stellt. „Kommt der Bund unserer Forderung nach und ändert die Anspruchskriterien, wäre das ein wichtiger Beitrag zur Integration und würde unsere Gemeinden entlasten“, so Dirnberger. Die Weigerung der FPÖ, den Antrag zu unterstützen, sei hingegen unverantwortlich. Stattdessen brachten die Freiheitlichen einen wortidenten Antrag ein, der sich allerdings auf eine Schüler/innenfreifahrt für österreichische Staatsbürger beschränkt. „Flüchtlinge von der Bildung abzuhalten ist der sicherste Weg zu einer gescheiterten Integration und zur Bildung von Parallelgesellschaften. Es ist bedauerlich, dass die FPÖ hier uneinsichtig ist.“

Aktuelles aus dem Landtag Steiermark

Landtag Steiermark beschließt Investition in den Straßenmeisterei-Standort Scheifling und legt die Basis für eine Erweiterung

Der Landtag Steiermark hat in seiner letzten Sitzung die notwendigen finanziellen Mittel für die Erweiterung des Straßenmeisterei-Standortes in Scheifling freigegeben. Damit kann der Standort ausgebaut werden. Für ÖVP-Bezirksparteiobfrau und Landtagspräsidentin Manuela Khom ein Beweis dafür, dass die ÖVP/SPÖ-Zukunftscoalition weiter in die Regionen investiert.

„Investitionen in unsere Regionen sind uns ein wichtiges Anliegen. Dabei zählen auch die vermeintlich kleinen Erfolge. Auch wenn es nicht immer große und neue Betriebe sind, die wir ansiedeln können, zählen besonders auch Initiativen, die einen öffentlichen Infrastrukturstandort absichern und erweitern. Ich bin froh, dass uns das bei der Straßenmeisterei in Scheifling gelungen ist“, so ÖVP-Bezirksparteiobfrau LT-Präs. Manuela Khom.

Die Straßenmeisterei Scheifling wurde in den 80-iger Jahren erbaut und ist dementsprechend auf den damaligen Betrieb ausgelegt. Im Zuge der gesetzlichen Vorgaben in Bezug auf die Recyclingwirtschaft und Wirtschaftlichkeit ist eine ausreichende Lagerplatzgröße erforderlich. Da die Straßenmeisterei auf der bestehenden Fläche nicht mehr erweitert werden kann, wurde der Ankauf einer zusätzlichen Fläche erforderlich. Nachdem im unmittelbaren Nahebereich ein ideales Grundstück gefunden wurde, hat der Landtag Steiermark in seiner letzten Sitzung einstimmig beschlossen, die dafür notwendigen knapp 215.000 Euro freizugeben.

„Damit ist der Grundstein zum Ausbau der Straßenmeisterei gelegt, wofür es auch dem zuständigen Verkehrslandesrat Lang zu danken gilt. Die Initiative ist ein weiterer Beleg dafür, dass die ÖVP/SPÖ-Zukunftscoalition zu den steirischen Regionen steht und dass wir gemeinsam für den Bezirk Murau etwas weiter bringen“, so Khom.

Landtag Steiermark erleichtert Gebührenvorschreibung – weniger Bürokratie, geringere Kosten

Der Landtag Steiermark beschließt auf Initiative der ÖVP Verwaltungsvereinfachungen bei der Vorschreibung von Kanal-, Wasser- & Abfallgebühren. „Weniger Aufwand für Gemeinden und Bürger zu geringeren Kosten entlasten beide Seiten“, betont ÖVP-Gemeindesprecher LAbg. Erwin Dirnberger (ÖVP).

Auf Initiative der ÖVP wurde in der letzten Landtagssitzung eine Verwaltungsvereinfachung hinsichtlich der Festsetzung von Kanal-, Wasser- und Abfallgebühren im Landtag Steiermark beschlossen. „Bisher wurden die Gebühren jährlich mittels Bescheid festgesetzt. Dieser musste eingeschrieben verschickt und persönlich in Empfang genommen werden, was sowohl für die Bescheidaussteller als auch für die Bürger mit entsprechendem Aufwand verbunden war. Wer bei der Zustellung nicht Zuhause war, musste bisher extra zur Post, um seinen Bescheid abzuholen“, erklärt Erwin Dirnberger.

Mit dem nun im Landtag Steiermark beschlossenen Gesetz wird die Gebührenfestsetzung mittels einer einfachen Zahlungsaufforderung möglich. „Eine Zahlungsaufforderung oder Vorschreibung kann als einfacher Brief verschickt werden und muss nicht eingeschrieben versendet werden. Das bedeutet für die Gemeinden eine administrative und finanzielle Entlastung, für die Empfänger ist diese Vorgehensweise oftmals mit weniger Aufwand verbunden, da deren Empfang nicht quittiert werden muss“, so der ÖVP-Gemeindesprecher, der die Änderung initiiert hat.

An den Rechten der Bürger, die Gebührenfestsetzung zu beeinspruchen, ändert sich nichts. „Ist der Bürger mit der Gebührenverrechnung – etwa mit deren Höhe – nicht einverstanden, kann er dies der Gemeinde mitteilen. Diese stellt dann einen formellen Bescheid aus, der in Folge beeinsprucht werden kann.“

„Weniger Bürokratie, Aufwand und Kosten nutzen nicht nur den Gemeinden, sondern auch den Steirerinnen und Steirern“, so Dirnberger abschließend.

Der Antrag wurde mit den Stimmen von ÖVP, SPÖ und Grünen angenommen. Die FPÖ und KPÖ stimmten dagegen.

Aktuelles aus dem Landtag Steiermark

Landtag Steiermark sichert langfristige Finanzierung von Gemeinde-Großprojekten gegen FPÖ-Angriff

In einem Antrag an den Landtag Steiermark attackierte die FPÖ die Vergabep Praxis von Bedarfszuweisungen an steirische Gemeinden. Darüber hinaus forderten die Freiheitlichen, dass Bedarfszuweisungen für Großprojekte nicht mehr über die laufende Legislaturperiode hinaus zugesagt und damit auf mehrere Jahre aufgeteilt werden dürfen. Das hätte das sofortige Ende für zahlreiche Großprojekte bedeutet. Die ÖVP lehnte daher den Angriff auf unsere Gemeinden gemeinsam mit den Stimmen der SPÖ ab.

Entgegen anderslautender Behauptungen der FPÖ ist klar festzuhalten, dass die zuständigen Gemeindereferenten die von der Landesregierung beschlossenen Richtlinien für die Gewährung von Bedarfszuweisungen an Gemeinden einhalten. Die Gemeinde hat mittels Formblatt um Bedarfszuweisungen anzusuchen, die Prüfung und Gewährung einer Bedarfszuweisung wird nach einem von der Abteilung 7 vordefinierten Prozess einheitlich abgewickelt. Bedarfszuweisungen werden in der Steiermark ausschließlich schriftlich zugesagt und erst nach einem Beschluss der Landesregierung ausbezahlt.

Rechnungshof bestätigt korrekte Vergabep Praxis bei Bedarfszuweisungen

Da es bei den Bedarfszuweisungen in der Steiermark korrekt zugeht, wurde auch vom Rechnungshof bestätigt. Im Bericht des Rechnungshofs (Steiermark 2016/2) betreffend „Zahlungsströme zwischen den Gebietskörperschaften mit dem Schwerpunkt Bedarfszuweisungen in den Ländern Niederösterreich und Steiermark“ wurde z.B. positiv anerkannt, dass in der Abteilung 7 für die Abwicklung der Bedarfszuweisungen ein schriftlich festgelegter Sollprozess vorhanden ist, in dem die wesentlichen Prozessschritte vorgegeben sind, dass sämtliche Förderungen aus BZ-Mitteln in der Landesförderungsdatenbank erfasst werden oder dass die geschäftsmäßige Abwicklung der Bedarfszuweisungsmittel bei einer Abteilung konzentriert ist.

Angriff der FPÖ auf Gemeinde-Großprojekte wurde abgewehrt

Hinsichtlich der Forderung der FPÖ, Förderungszusagen über eine Legislaturperiode hinausgehend zu verbieten, ist festzuhalten, dass es eine solche gesetzliche Regelung aus gutem Grund nicht gibt. Auch wenn mit solchen Zusagen über eine Periode hinaus von den steirischen Gemeindereferenten sehr zurückhaltend umgegangen wird, ist es gerade bei größeren Kindergarten-, Feuerwehr- oder Schulprojekten aus dem Blickwinkel der Planungs-, Finanzierungs- und Liquiditätssicherheit unabdingbar, Unterstützungen aus BZ-Mitteln über eine Legislaturperiode hinaus in Aussicht zu stellen, um diese notwendigen Projekte realisieren zu können. Ginge es nach der FPÖ, müssten viele Großprojekte sofort gestoppt werden. Sie wären praktisch nicht mehr umsetzbar und finanzierbar. Daher haben die

Aktuelles aus dem Landtag Steiermark

Zukunftspartner diesen FPÖ-Angriff auf unsere Gemeinden abgewehrt und den Antrag der FPÖ abgelehnt.